

# Warum die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zeitgemäß ist

## Ein Diskussionsbeitrag

von Armin Kammrad, 20.06.2015

Der bekannte Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge hält die Forderung der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen (Linke) nach einem emanzipatorischen Grundeinkommen für eine *"unrealistische Vision von einem 'Schlaraffenland', in dem niemand arbeiten muss"* (1). Die Auseinandersetzung um ein bedingungsloses Grundeinkommen ist also noch lange nicht beendet. Aber wird sie auch zeitgemäß und sachgerecht geführt? Und wie ist diese Forderung in der verschärften aktuellen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, besonders der asozialen Brutalität neoliberaler Wirtschaftskonzepte, einzuordnen? Ein Versuch aus linker Sicht ein paar strittige Fragen zu klären.

### Erste Innenansicht

In einer Erwiderung auf die Kritik Butterwegges stellt Norbert Hermann dazu fest: *"Es handelt sich selbstverständlich um eine utopische Vorstellung"*, und konkretisiert: *"Ohne grundsätzliche Veränderung im Besitz-, Wirtschafts- und Politiksystem geht das nicht"* (2). Obwohl ich Hermanns Position nachvollziehen kann, greift er für mich doch etwas zu kurz. Natürlich basiert der Kapitalismus auf Lohnarbeit und erscheint ein bedingungsloses (oder emanzipatorisches) Grundeinkommen (BGE) deshalb als Utopie oder wie Butterwegge es ausdrückt: Ist *"ein Kapitalismus ohne Arbeitszwang wie ein Gefängnis ohne Gitterstäbe und Mauern"* (1). In diesem Punkt sind sich die beiden Kontrahenten offensichtlich einig. Der entscheidende Unterschied besteht darin, dass Hermann eine Realisierung bei anderen Besitz- und Wirtschaftsverhältnissen für durchaus erstrebenswert hält, während Butterwegge es - wie Hermann feststellt - *"ausdrücklich nicht um eine Abschaffung des Kapitalismus als solchem und überhaupt"* geht, ihn stört nur der *"moderne Kasinokapitalismus"* (2). Butterwegge erkennt in sofern, dass "sein" Kasinokapitalismus nichts weiter ist als Kapitalismus in aktueller Ausprägung. Trotzdem geht für mich die Auseinandersetzung am entscheidenden Punkt vorbei. Denn warum sollte eine Überwindung des Kapitalismus bzw. dessen Beseitigung weniger utopisch sein als ein damit verbundenes BGE? Und was bleibt von einem Gefängnis noch übrig, wenn Gitterstäbe und Mauern fehlen?

Dem Problem lässt sich vielleicht dadurch etwas näher kommen, wenn zunächst zwischen subjektiver und objektiver Sicht unterschieden wird. Objektiv widerspricht ein BGE der kapitalistischen Marktwirtschaft, weil sie Arbeit als Ware in einem Austauschverhältnis (Arbeit gegen Bezahlung) fasst. Subjektiv kann ein BGE durchaus gefordert werden und das völlig zurecht - denn Lohnarbeit ist moderne Zwangsarbeit, wie schon Marx betonte. Dabei erscheint mir wichtig, dass auch der Kampf um Lohn utopische Momente enthält: So kann er auf Dauer nicht die Existenz der Mehrheit der Menschen sichern und Markterfordernisse setzen, sowohl von der angebotenen Arbeit her als auch bei der Bezahlung, systembedingte Grenzen. Würde Lohnarbeit die Existenz aller Menschen ausreichend sichern, ergebe die Forderung nach einem BGE keinen Sinn. Das ist jedoch nicht der Fall. Existenzangst ist deshalb berechtigt und gehört zum Kapitalismus, wie letztlich auch die brutalen Arbeits- und Lebensbedingungen besonders im südlichen Afrika oder in Teilen Asiens. Hier ist Butterwegge nicht realistisch, wenn er behauptet, dass *"in einer Arbeitsgesellschaft wie unserer (...) der Lebenssinn, der soziale Status und das Selbstwertgefühl der Menschen aus der Erwerbsarbeit"* resultiert (1). Gerade bezogen auf unsere Arbeitsgesellschaft ist dies eine Utopie, die nur deshalb zählebig ist, weil der Charakter der existenziellen Abhängigkeit mehr oder weniger verdrängt werden kann bzw. verdrängt wird. Doch gehört die Wahrnehmung des Charakters der Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen letztlich zur subjektiven Seite. Es ist also möglich die eigene Erwerbsarbeit subjektiv abzulehnen und trotzdem, wegen des existenziellen (objektiven) Drucks, zu arbeiten. Das ist kein Widerspruch. Vielmehr bedingt das eine das andere, jedoch nur dann, wenn das kapitalistische Arbeitsprinzip nicht für völlig alternativlos gehalten wird. An diesem Punkt steigt Butterwegge gewissermaßen "bereits vorher aus". Für ihn gibt es keine Arbeit außerhalb marktwirtschaftlich gesteuerter Arbeit; nicht einmal als Utopie, wie sein eher ins Reich der Märchen gehörende Charakterisierung vom *"Schlaraffenland"* zeigt.

Zu einem Widerspruch wird es besonders dann, wenn man Realität nicht sauber von Utopie trennt. So baut sich Butterwegge mit seiner Verbindung von Erwerbsarbeit und Selbstwertgefühl seine eigene Stolperfalle. Denn wer in dem sozial katastrophalen Zustand des neoliberalen Kapitalismus seinen "Lebenssinn" findet, wird bestimmt nicht diesen Zustand ändern, also das ändern, was auch Butterwegge nicht hinnehmen will. Stellt sich das kapitalistische System als alternativlos nicht genau dadurch dar, in dem es Lohnarbeit zur einzig möglichen Art des Arbeitens erklärt? Wird nun dieses Konzept angeblich ewiger Ausweglosigkeit noch wohlklingend mit "unsere Arbeitsgesellschaft" umschrieben, übernimmt man gerade das, was der abgelehnte Neoliberalismus predigt. Aber nicht nur das. Warum soll kapitalistische Zwangsarbeit die einzig mögliche - auch im Sinne sozialer, für die Gesellschaft - Art des Arbeitens sein? Warum sollten die Menschen aufhören zu arbeiten, bloß weil ihre Existenz unabhängig vom Arbeitszwang gesichert ist? Tatsächlich wächst der Anteil der Menschen auch bei uns, der lieber weniger verdient, als "sinnlose" Maloche bis hin zum Burnout durchzustehen. Ebenso wird von vielen Menschen Freizeit nicht mehr als "naturwüchsiges" Gegenstück zur Arbeit verstanden, sondern als jene Zeit, in der mensch erst das tun kann, was er für sinnvoll und notwendig hält.

Butterwegge meint, dass ein BGE nur *"mittels seiner Begrenzung auf den Nationalstaat und im Falle des Ausschlusses von Zuwanderern"* zu verwirklicht sei (1). Das ist falsch in doppelter Hinsicht: Erstens ist nicht nachvollziehbar, warum in einer globalisierten Welt nur - z.B. in Deutschland - ein BGE zu verwirklichen sei. Zweitens erfordert gerade armutsbedingte Zuwanderung ein BGE in den Herkunftsnationen. Was international vor allem erforderlich wäre, ist die Beseitigung der Lohnarbeit, weil gerade sie die Basis von zerstörerischer Konkurrenz ist. Es gibt auch keinerlei Hinweis darauf, dass unter den gegenwärtigen Systembedingungen in den ärmsten Ländern ein konkurrenzfähiger Kapitalismus überhaupt aufgebaut werden könnte, also Armutsbeseitigung durch kapitalistische Strukturen. Bestenfalls pendelt die Entwicklung zwischen minimalen Erfolgen zur Armutsbekämpfung zu noch größerer Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hin und her. Freihandel zerstört aufgrund des globalen Ungleichgewichts nur gewohnte Strukturen in kapitalistisch nichtentwickelten Ländern und globalisiert Armut wie Reichtum. Eine wirtschaftliche Schwächung von Überschussstaaten wie Deutschland durch ein BGE, wäre deshalb für diese Länder eher ein Segen als ein Fluch.

**Erste Zwischenbilanz:** Hermann hat durchaus recht, wenn er den *"Kampf um existenzsichernde Löhne und Grundsicherungsleistungen, paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen durch alle Bürger\_innen"* mit der *"Idee eines 'emanzipatorischen Grundeinkommens' im konkreten Alltag"* für vereinbar hält (2). Die Frage ist nur, wie beides vereinbart werden kann. Mit seinem Verweis auf die praktische Vereinbarkeit im Alltag in Verbindung mit dem Verweis auf die Voraussetzung *"grundsätzliche(r) Veränderung im Besitz-, Wirtschafts- und Politiksystem"* (2), bleibt Hermann jedoch zu unbestimmt und auch zu defensiv. Denn es spricht nichts dagegen, das, was man anstrebt, heute auch zu fordern. Vielmehr ist ein konsequentes Fordern Voraussetzung, um das, was für sinnvoll und notwendig erachtet wird, überhaupt einmal zu erreichen. Gründe für ein BGE findet man überall, sowohl hier zu Land als auch international.

## Zweite Innenansicht

Befürworter und Verteidiger der Forderung nach einem BGE - in welcher Gestalt ist hier nebensächlich - berufen sich häufig entweder auf das Ideelle (Utopie oder Idee) oder wollen ein BGE unter den herrschenden Bedingungen der Lohnarbeit. Diese letzte Gruppe ist eigentlich unproblematisch. Treten sie für das Richtige ein und bleiben sie dabei, spielt das herrschende Wirtschafts- und Besitzgefüge keine Rolle, weil sie früher oder später erkennen werden, dass für ein BGE Eingriffe in das herrschende Wirtschaftsgefüge unumgänglich sind. Übrig bleibt als Ansatz für Kritik höchstens der Weg dort hin, und er bleibt letztlich immer unrealistisch, wenn die herrschenden Arbeitsbedingungen nicht angetastet werden. Deshalb ist die Kritik von Butterwegge an den BGE-Konzepten von *"Götz Werner, Dieter Althaus oder Thomas Straubhaar"* (1) zwar berechtigt, aber wird deren Bedeutung überschätzt. Sie werden keine Abkehr vom heute herrschenden Arbeitsprinzip erreichen; genau betrachtet ist dies auch nicht ihr Ziel. Sie reagieren letztlich nur auf die Entwicklung des globalen Kapitalismus, ohne dessen Grundprinzipien jedoch ernsthaft gefährden zu wollen.

Umgekehrt unterschätzen die "BGE-Utopisten" (wie ich sie hier mal salopp nennen möchte), jedoch etwas die Bedeutung dieser Forderung für die aktuelle Auseinandersetzung mit dem Kapital. Ein besonderer Verdienst kommt für mich hier Mag Wompel zu, weil sie - trotz aller Kritik - immer wieder

gegen die Selbstapokapselung der Gewerkschaftsbewegung argumentierte, sich mit dem Prinzip "Lohnarbeit" und damit mit einer wesentlichen Grundlage des Kapitalismus abzufinden, also die Lohnarbeit *"erst als alternativlos zu akzeptieren, um sie dann nur noch auf möglichst viele zu verteilen und höchstens humaner zu gestalten"* (3). Denn das dies eine Utopie ist, beweist der Kapitalismus selbst mehr oder weniger eindrücklich. Und wie der Weg in eine bessere Zukunft aussehen wird, lässt sich nicht am Reizbrett der Theorie vorherbestimmen. Deshalb ist es viel naheliegender, bezogen auf die aktuelle Auseinandersetzung, unmissverständlich zu sagen, was mensch will und was mensch nicht will. Dabei ist nicht einfach - entsprechend eines Standardspruches - der Weg das Ziel (wenn natürlich auch das). Ziele lassen sich nur erreichen, wenn sie konsequent verfolgt werden.

Es ist deshalb - genau betrachtet - für Butterwegge selbst ein Problem, wenn er ein BGE nur kapitalismuserintern diskutiert. Was er kritisiert sind deshalb letztlich nur die Begrenzungen seiner eigenen Sichtweise. So befürchtet Butterwegge z.B. einen Kombilohn, *"weil der Staat für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft aufkäme und der Unternehmer entsprechend weniger dafür aufwenden müsste"*, (1) obwohl offen ist, wie die "Ware Arbeitskraft" reagiert, wenn Arbeit wegen eines BGE gar nicht mehr Ware sein muss. Butterwegges *"zentrales Gegenargument ist"* verteilungspolitisch: *"Auf ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse wird mit der Forderung nach einer Geldzahlung in gleicher Höhe reagiert"* (1). Wer das Prinzip des kapitalistischen Marktes in Frage stellt, stellt zwangsläufig natürlich auch dessen Prozess der Wertsetzung in Frage - und dies nicht nur bei den Vorstandsgehältern. Etwas tragisch finde ich diesen Einwand Butterwegges, weil er meint, dass *"Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden"* muss (1). Damit verbleibt er eigentlich genau auf der Ebene seiner erklärten Gegner, den Neoliberalen, welche auch Gerechtigkeit nur im Rahmen einer möglichst "spontanen" (Hayek) Marktordnung zulassen wollen und jegliche Eingriffe des Staates (als "Kollektivismus", "Sozialismus") ablehnen. Doch es ist gerade der ungezügelter Markt, der ein BGE dann notwendig macht, wenn der Markt keine existenzsichernden Löhne hervorbringt, was der Neoliberalismus (vgl. Hayek, Mises, Röpke usw.) auch gar nicht zum Ziel hat. Für den Neoliberalismus existiert in der Theorie nämlich keine untere Lohngrenze. Er setzt auf Sozialabbau, weil zu hohe Sozialleistungen die Bereitschaft verringern, die gerade vom Markt geforderte miese Entlohnung zu akzeptieren (nicht nur Niedriglohn also, sondern auch Hungerlohn und bei staatlicher Existenzsicherung somit Kombilohn).

Butterwegge sieht durchaus sehr kritisch die Angriffe des Neoliberalismus auf den sog. "Wohlfahrtsstaat". Dieser Angriff ist in der Tat manifest, wie u.a. der neoliberale Gerd Habermann mit seinem "Standardwerk" (so die FAZ) *"Der Wohlfahrtsstaat - Ende einer Illusion"* (4) anschaulich zeigt. Die Frage ist jedoch, was hat dies mit der Forderung nach einem BGE zu tun? Hier sieht Butterwegge vor allem in einem BGE *"eine alternative Leistungsart, die mit der Konstruktionslogik des bestehenden (...) Wohlfahrtsstaates bricht"* und ihn *"zerstören würde"*, weil es ein *"Traumziel marktradikaler Reformer"* sei, *"die Sozialversicherungen zu zerschlagen"* (1). Hier ist bereits die Charakterisierung eines BGE als "alternative Leistungsart" etwas verquer, weil es beim BGE gerade nicht um eine andere kapitalistische Leistungsart geht. Denn es greift in den Warencharakter der Lohnarbeit ein. So erübrigt sich eine Arbeitslosenversicherung, es kann - wenn es mit den Kürzungen so weitergeht - auch u.U. für Rentner vorteilhaft sein. Aber was Butterwegge genauso wenig zu begreifen scheint, wie die Neoliberalen (inkl. Habermann (4)): Der Wohlfahrtsstaat ist keine Illusion, sondern Ausdruck davon, dass das neoliberale Konzept nicht das bringt, was es verspricht. Der Markt macht ein staatliches Sicherungssystem nicht überflüssig. Eine Illusion vertritt hier eher der Neoliberalismus. Illusionär wäre es jedoch auch, die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus auf die Verteidigung des Sozialversicherungssystems, oder gar dem Prinzip der Bedarfsdeckung nach SGB II, zu beschränken. Denn nachweislich benutzt der Gesetzgeber seine Gestaltungsfreiheit beim Sozialrecht zur Marktanpassung, sei es beim Arbeitslosengeld, sei es bei Rente und Pflege, ja, selbst bei Krankheit wird "kostenbewusst" zum Nachteil der Betroffenen (Patienten wie abhängig Beschäftigte) reguliert. Den sog. "Wohlfahrtsstaat" konnte ein neoliberal orientierter Gesetzgeber problemlos übernehmen, weil er dem kapitalistischen Prinzip von Arbeit als Ware verpflichtet bleibt.

Was offensichtlich (nicht nur) Butterwegge nicht versteht, ist, dass der Kampf gegen den Neoliberalismus an der Basis, den entscheidenden wirtschaftspolitischen Kernpunkten, geführt werden muss, wenn dieser Kampf wirklich Erfolg haben soll. Und dies ist der Markt mit seinen Gesetzen, wozu der Warencharakter der Arbeit untrennbar gehört. Was diesen Punkt betrifft, argumentiert der Neoliberalismus mit dem Argument der Knechtschaft, wie bereits der Titel des bekannten Buches von Hayek, *"Der Weg in die Knechtschaft"* plakativ zum Ausdruck bringt. Doch beinhaltet dieses Freiheitsbestreben (deshalb "Liberalismus") genau das Gegenteil für alle, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängig sind. Der Neoliberalismus kennt nur die möglichst umfassende Unterordnung unter Markterfordernisse. Habermann vertritt deshalb als unbelehrbarer Neoliberaler "die Freiheit des Arbeiters" gegenüber

dem staatlichen Zwang im Sozialversicherungssystem mit den Worten: *"Dem Arbeiter wird (Anm.: durch den Wohlfahrtsstaat) das Recht - und nach liberaler Ansicht auch die Pflicht - zur Selbstverantwortung genommen"* (5). Diese "Selbstverantwortung" hat es zwar als staatliche Aufgabe zu deren Stärkung als "Eigenverantwortung" ins SGB II (§ 1 Abs.2) geschafft, aber ein Recht auf existenzsichernde Arbeit erwächst den von ALG II-Abhängigen daraus nicht, weil der Markt - nach neoliberaler Leseart - kein Recht auf Arbeit zulässt. Selbst- oder Eigenverantwortung meint hier Bevormundung, also kein Recht, sich von den persönlichen Nachteilen der Arbeit als Ware zu lösen. Dies könnte nur über ein BGE geleistet werden, was mindestens die Existenz ausreichend sichert. Weil jedoch genau dies nicht im Interesse des Neoliberalismus liegt, beinhaltet ein BGE von der Grundintension her den konsequenten Bruch mit dem Neoliberalismus. Eine Verteidigung des sog. "Wohlfahrtsstaates" steht dem nicht entgegen. Aber ist diese Bezeichnung heute wirklich noch - wenigstens annähernd - zutreffend? Dies behauptet letztlich auch Butterwegge nicht. Er verteidigt den Sozialstaat (des Grundgesetzes) nur unzureichend, indem er bezüglich der Marktabhängigkeit der Arbeit unnötige Zugeständnisse an den Neoliberalismus macht. Besonders die gesetzlichen Regulierungen beim Sozialrecht zeigen, dass auch im Sinne neoliberaler Zielsetzung reguliert werden kann (nichts anderes wollte letztlich auch Bismarck nicht).

Wie häufig anzutreffen, behandelt auch Butterwegge das Finanzierungsproblem beim BGE, wenn auch stellenweise etwas unpassend mit dem Verweis auf die - ebenso typisch neoliberale - *"Schuldenbremse"* im Grundgesetz und dem Fiskalpakt. Für mich lenkt jedoch das Finanzierungsproblem eher von der eigentlichen, die Gesellschaft verändernden Bedeutung eines BGE ab, weil bei allem, was mit Geld zu tun hat, die gesellschaftlichen Verhältnisse eine maßgebliche Rolle spielen. Dabei ist Butterwegge durchaus klar, dass ein BGE *"den privaten (Vermögens-)Reichtum aber nur an(tastet), wenn es über die Erhöhung/Erhebung von Gewinn- bzw. Vermögenssteuern finanziert wird"* (1). Ungewollt macht Butterwegge so jedoch auf einen wesentlichen Unterschied von einem emanzipatorischen zu einem neoliberalen BGE aufmerksam. Der Neoliberalismus will gerade keine Umverteilung und keine Belastung von Gewinn und Vermögen. Für ihn gilt nach Ludwig von Mises: *"Nur durch die Freiheit des Eigentums sind auch andere Grundfreiheiten gewährt"* (6). Wenn der Neoliberalismus überhaupt ein BGE erwägt, dann nur eines, was nichts kostet und Sozialleistungen möglichst komplett ersetzt oder sogar noch absenkt. Deshalb bleibt auch die politische Zielsetzung einer "sozialen Marktwirtschaft" immer dann neoliberaler Ideologie verhaftet, wenn das Soziale allein davon abhängig gemacht wird, dass der Markt möglichst unreguliert sich entfalten kann (selbst die Parole der deutschen Faschisten "sozial ist, was Arbeit schafft", wies deutliche Parallelen zum Neoliberalismus auf).

Trotzdem liegt gerade bei der aktuellen, sich extrem entwickelten Ungleichverteilung von Reichtum und Schulden eine Finanzierung durch Umverteilung zugunsten einer BGE-Finanzierung nahe, sind doch hohe Schulden nichts anderes als Ausdruck hoher Vermögenswerte bei den Gläubigern. Eine Umverteilung zugunsten einer Existenzsicherung aller, hätte allerdings die gesellschaftlichen Grundlagen radikal verändernde Folgen. Mit einer Umwandlung von Bestandsgrößen (Bestand an Vermögen zu einem bestimmten Zeitpunkt) in Stromgrößen verlieren beispielsweise diese unweigerlich an Wert, was auch auf Zwangsverkäufe von Immobilien zutrifft. Private Gläubigerforderungen reduzieren sich jedoch, bauen so nicht nur Schulden ab, sondern beseitigen Schulden durch Sozialisierung von Forderungen (eben nicht von Verlusten!). Liegen die Bestandsgrößen deutlich über der realen Wertschaffung wie aktuell, erfolgt auch eine nicht kalkulierbare Rückführung von Forderungsüberhängen auf die Wertbasis (Blasen werden beseitigt). Nach den Mechanismen der kapitalistischen Tausch- und Geldwirtschaft besteht außerdem die Gefahr einer Inflation, wobei jedoch durch eine hohe Umlaufgeschwindigkeit zugleich der Bedarf an Geld zur Wertaufbewahrung abnimmt. Alles in allem lässt sich deshalb auch keine realistische Höhe eines BGE bestimmen, sobald es durch Umverteilung finanziert werden soll. Eine auf Basis aktueller Daten errechnetes BGE macht zwar Sinn als Auslöser für einen Prozess der Umverteilung, kann jedoch nichts darüber aussagen, wie die existenzsichernde Höhe am Ende aussehen wird. Es lässt sich problemlos die Notwendigkeit eines BGE allerdings auch aus dem weiter sich zuspitzenden aktuellen Widerspruch von Reichtum und Verarmung und der Vermögensverteilung ableiten, was dem BGE eine Art Schlüsselposition bezüglich notwendiger gesellschaftlicher Veränderung geben kann - zumindest theoretisch. Praktisch hängt alles natürlich davon ab, wofür gekämpft wird. Dies hängt wiederum davon ab, in wiefern das System durch Lohnarbeit die Existenz - zumindest der Mehrheit - überhaupt noch sichern und medial von den systembedingten Ursachen für Erwerbslosigkeit dadurch ablenken kann, indem es u.a. nationalistische und rassistische Stereotypen bemüht (wie aktuell in der Flüchtlingspolitik, aber auch gegenüber "den Griechen").

**Zweite Zwischenbilanz:** Die kompromisslose Kritik von Butterwegge an einem BGE lässt sich auch dort nicht halten, wo er quasi "systemimmanent" argumentiert. Ein Aspekt, der jedoch sowohl Kritiker



als auch Befürworter dieser Forderung betrifft, ist die Gefahr einer Vernachlässigung der umstürzlerischen Folgen, wenn ein BGE konsequent umgesetzt wird. Eine Auseinandersetzung, die sich hier auf das Gewohnte beschränkt, kann dem nicht gerecht werden. Klar ist deshalb auch, dass mit einer freiwilligen Arbeit verbundene neue Bedingungen auch viele neue Fragen aufwerfen werden. Es ist ein Prozess, den ein BGE zwar auslösen kann, dessen konkreter Verlauf und dessen Ergebnis jedoch weder genau vorausgesagt noch geplant werden kann. Gerechnet werden kann jedoch damit, dass sich nicht nur das Verhältnis von Produktion und Konsum gegenüber heute radikal verändern wird, sondern auch der gewohnte Gegensatz von Arbeit und Freizeit. Auch die Bedeutung eines allgemeinen Äquivalenz (Geld) wird sich umso mehr reduzieren, je mehr die gesellschaftliche Arbeitsteilung und der Austausch ohne die Notwendigkeit abstrakter Vermittlung und Wertaufbewahrung erfolgen kann. Da Geld gewöhnlich aus Schulden (und nicht aus Ersparnissen) entsteht, reduziert sich zwangsläufig der Bedarf an Geld durch ein System, was ohne Verschuldung auskommt.

## Erste Außenansicht

Als nächstes will ich den, mir bei der Forderung nach einem BGE, wichtigsten Punkt behandeln. Ich bezeichne ihn als "Außenansicht" im Unterschied zu den beiden vorangegangenen Abschnitten. Unter einer "Außenansicht" verstehe ich eine Betrachtung, welche die Entwicklung des Kapitalismus in den Mittelpunkt stellt. Es geht - zusammengefasst - darum, ob der Kapitalismus selbst auf einen anderen Arbeitsbegriff als der Lohnarbeit zusteuert bzw. - korrekter ausgedrückt - zusteuern kann. Diese Abschwächung erscheint mir angebracht, weil besonders Marx eine ganz spezielle Form der Überwindung des Kapitalismus theoretisch begründete, in der für ein BGE kein Platz war.

Wir haben es heute mit einem ganz bestimmten Zustand oder Stadium des Kapitalismus (Neoliberalismus) zu tun. Der Realsozialismus ist gescheitert und mit ihm auch der Versuch einer Planwirtschaft im Sinne einer Herrschaft des Menschen über die Wirtschaft, statt dessen Abhängigkeit vom Markt. Liberalismus im wörtlichen Sinne der bürgerlichen Revolution, hat sich spätestens mit Mises Traktat "Liberalismus" von 1927, in sein Gegenteil verkehrt: in Neoliberalismus, welcher statt Unabhängigkeit vom Markt, kompromisslose Unterordnung unter Markterfordernisse verlangt. Die Abhängigkeit vom Markt war jedoch ein historisch notwendiger Entwicklungsschritt und kann deshalb nicht nur negativ gesehen werden (was bereits Marx klar war). Was ein BGE betrifft, stellt sich dies auch darin dar, dass aufgrund der realen Entwicklung des kapitalistischen Marktes mittlerweile über so etwas wie eine Bezahlung ohne Arbeitspflicht überhaupt diskutiert wird, meist jedoch mehr als (vage) Möglichkeit statt als Notwendigkeit. Was mögliche sein könnte, verbleibt im Bereich von Wünschen und Utopien. Wird ein BGE jedoch als Notwendigkeit betrachtet, verändert sich die Problematik deutlich.

Zunächst stellt sich die Frage, ob ein BGE überhaupt notwendig ist, was u.a. Butterwegge vehement bestreitet. Das Problem ist hier nur, dass Butterwegge gar nicht den Kapitalismus und dessen Art von Arbeit überwinden will. Anders stellt sich das Problem allerdings, wenn genau das angestrebt wird, was Butterwegge nicht will - eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit. Umgekehrt gilt natürlich auch, dass derjenige, der sich von Lohnarbeit lösen will, dies nicht ohne massive Eingriffe in das kapitalistische Grundprinzip der Arbeit erreichen kann, es sei denn, er oder sie nehmen außerhalb herrschender Sozialzusammenhänge manifeste materielle Einbußen in Kauf (Entscheidung für ein Leben ohne Einkommen aus persönlicher Überzeugung). Allen Mutmaßungen vom Müßiggänger als Vorbild für ein BGE zum Trotz, ist das gesellschaftliche Subjekt für eine andere Art des Arbeitens vor allem der Teil in der Gesellschaft, der unmittelbar vom Charakter der Arbeit als existenzielle Zwangsarbeit betroffen ist. Durch die unmittelbare Betroffenheit besteht auch die Möglichkeit, in die marktwirtschaftlich tragende Funktion - in welcher Form auch immer - der Arbeit als Ware direkt persönlich einzugreifen. Ein BGE ist deshalb kein Ersatz für Lohnarbeit. Bei einem BGE für alle fehlt es bereits an der für Lohnarbeit typischen Konkurrenz. Sicher wäre es denkbar, dass zu einem BGE zusätzlich Lohnarbeit betrieben wird, aber dies geschähe freiwillig, z.B. um ein BGE als finanzielle Streikunterstützung zu nutzen oder um Löhne zu fordern, die deutlich über ein BGE liegen (müssten), was übrigens keinen Kombi-lohn bedeutet, wenn das Kapital maßgeblich das BGE finanzieren muss. In sofern lässt sich ein BGE auch durchaus mit dem Ziel einer Vergesellschaftung und Beseitigung von Privatbesitz an Produktionsmitteln und mit einer Rücknahme von Privatisierung öffentlichen Eigentums verbinden. Denn wer nicht mehr zwangsweise arbeiten muss, kann recht friedlich dem Kapital Arbeit als Basis der Wertschaffung entziehen. Klar ist nur, dass nicht zuletzt auch deshalb sich das Kapital mit aller Macht einem BGE widersetzen wird. Dies bereits bei Ansätzen in dieser Richtung, wie einer finanziellen Unterstützung ohne Möglichkeit für Sanktionen im Falle von Erwerbslosigkeit. Es könnten ja Hartz IV-Abhängige auf die Idee kommen, trotz der miesen Regelsatzhöhe, lieber extreme finanzielle Einbußen

hinzunehmen, statt sich dem System der Zwangsarbeit zufügen. Einige sind bereits einfach ausgestiegen bzw. lässt man aussteigen, weil so etwas die Nachfrage nach Arbeit reduziert: *"Rund 21.000 junge Menschen in Deutschland fallen durch alle sozialen Netze"*, sind also bereits völlig draußen aus dem auf Lohnarbeit orientierten kapitalistischen Zwangs- und Sanktionssystem, wie eine im Auftrag der Vodafone-Stiftung erstellte Studie jüngst ergab (7).

Nur kann genau wegen der Entwicklung des Kapitalismus das Bestreben letztendlich utopisch werden, Erwerbslose in jede Art von Arbeit zu drücken, wenn es immer weniger entsprechende Arbeit gibt. Wie bereits kurz erwähnt, hat die neoliberale Wirtschaftstheorie den Systemfehler, dass in ihrem Konzept keine Untergrenze für einen marktkonformen Lohn existiert; selbst ein Hungerlohn kann nicht mehr marktkonform sein, d.h. der oder die Betroffene wird vom Markt ausgegrenzt. Ein auf gesetzgeberischen Einfluss begrenztes Gegenmittel ist ein gesetzlicher Mindestlohn, was jedoch nur seine Wirkung entfalten kann, sofern überhaupt ein Arbeitsverhältnis existiert. Worauf jedoch bereits Hermann aufmerksam macht, stellt der gesetzliche Mindestlohn keine *"Errungenschaft"*, sondern bestenfalls eine *"Notwendigkeit"* dar (2). Butterwegge übertreibt nicht nur mit seiner Behauptung, dass sich Mindestlohn und BGE *"zueinander wie Feuer und Wasser"* verhalten würden (1). Er verkennt vor allem, dass mit der Festlegung durch einen neoliberal orientierten Staat, der Neoliberalismus eine unmittelbare Einflussmöglichkeit auf die Lohnuntergrenze bekommen hat. Diesem, aus der Schwäche der Gewerkschaftsbewegung resultierenden, gesetzlichen Mindestlohn, fehlt - um im Bild zu bleiben - gerade *"das Feuer"* eines BGE, weil nur eine von Lohnarbeit unabhängige Existenzsicherung, hohe Mindestlöhne erreichen könnte, besonders wenn es dem Neoliberalismus gelungen ist, die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen. Diese Schwäche resultiert hier jedoch auch - wie bereits erwähnt - daraus, dass die Gewerkschaften den Charakter der Arbeit als Ware einfach widerspruchslos hinnehmen. Dieses Manko nimmt umso mehr kritische Züge an, je mehr der Bedarf an Arbeitskräften abnimmt. Die Stärke neoliberaler Propaganda resultiert hier aus der Entwicklung der kapitalistischen Entwicklung selbst. Das Konzept der *"ungebremsten"* Marktwirtschaft beinhaltet nämlich, dass danach jeder sich selbstständig machen könnte, obwohl der Markt nicht jedem Kleinunternehmen eine Überlebenschance einräumt, was u.U. darauf hinaus laufen kann, dass der Kleinunternehmer X seine paar abhängig Beschäftigten tatsächlich nicht mehr den gesetzlichen Mindestlohn zahlen kann (Stichwort *"Insolvenz"*). Der Neoliberalismus führt dies natürlich nicht auf ein Grundproblem der kapitalistischen Marktwirtschaft zurück, sondern auf den *"zu hohen"* Mindestlohn, obwohl selbst dieser kaum existenzsichernd sein kann. Entsprechend seiner Ideologie wird er unter dem Beifall gescheiterter Kleinunternehmer für Ausnahmen beim Mindestlohn oder gar für dessen Absenkung und Abschaffung eintreten.

Aktuell reagiert die Kapitaleseite auf Marktprobleme mit einer zunehmenden Flexibilisierung (Zeitverträge, Zeitarbeit, Arbeit auf Abruf usw.), also einer Marktanpassung beim Arbeitsbedarf, die zurzeit besonders junge Menschen trifft. Durch den Markt bedingt ist auch ein strukturelles Problem: So kann hohe Erwerbslosigkeit durchaus mit einem Mangel an Arbeitskräften zusammenfallen (z.B. der sog. *"Fachkräftemangel"*). Das Angebot passt dann nicht zur Nachfrage (strukturelle Arbeitslosigkeit), wobei umgekehrt es natürlich auch zu viele BWLer oder Ingenieure geben kann, wenn tatsächlich eine Anpassung an Markterfordernisse versucht wird. Abgesehen von der gleichzeitig fortschreitenden Anpassung der Bildung ebenfalls an Markterfordernisse, verhüllt die beliebte Forderung nach *"mehr Bildung"* nur die Zunahme struktureller Arbeitslosigkeit. Eine Kritik des Neoliberalismus kann deshalb nicht das aussparen, was dieser als einzig mögliche Lösung immer wieder propagiert: *"Die Freiheit des Individuums, eigenständige Ziele festzulegen und geeignete Wege ihrer Umsetzung zu suchen, ist beschränkt auf die Sphäre des Marktes"* (8). Und für die Mehrheit der Menschen determiniert der Markt die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Der Neoliberalismus ist ideologischer Ausdruck des ungebremsten Kapitalismus - und das im doppelten Sinne: Einmal im Sinne einer Parteilichkeit nur für diejenigen, die vom Kapitalismus profitieren. Zum anderen als Negation aller sozialen Interessen, entsprechend der Grundtendenz des Kapitalismus, wie sie bereits Marx beschrieb (also jener marx'sche *"Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor"* (9)).

**Dritte Zwischenbilanz:** Es lässt sich also durchaus die Notwendigkeit eines BGE aus der - besonders aktuellen - Entwicklung des Kapitalismus ableiten. Auffällig ist hierbei allerdings, dass sich diese Notwendigkeit weniger aus einer systembedingten Abnahme des erforderlichen Umfangs an (produktiver) Arbeit ergibt, wie einige BGE-Befürworter annehmen, sondern eher aus einer wachsenden Verarmung und Ausgrenzung aufgrund existenzieller Abhängigkeit vom, sich entsprechend neoliberaler Vorstellung, möglichst frei entwickelnden Markt. Hinzukommt eine Umverteilung von unten nach oben, mittlerweile im gigantischen Ausmaß, die sich allein mit traditionellen Wirtschaftskonzepten wohl nicht

mehr so einfach umpolen lassen wird. Auch mit Bezug auf Marx, erscheint übrigens die Entwicklung nicht einfach in Richtung von mehr frei disponibler Zeit zu gehen (wenn sicher auch das), sondern eher mehr im Sinne eines "Auftrags", endlich das zu tun, was wirklich notwendig und sinnvoll ist (besonders auch beim Thema "Ökologie").

## Zweite Außenansicht

Beliebt sind als (linke) Antwort auf neoliberale Wirtschaftsstrategien - auch wegen ihrer bestechenden Logik - häufig (staatliche) Investitionsprogramme um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Statt aus allgemeinen Steuermitteln, sollen sie im Rahmen einer Umverteilung (Vermögenssteuer, Börsenertragssteuer usw.) finanziert werden - jedenfalls nicht mehr wie bisher so oft, durch noch mehr Schulden, auch wenn die Bedeutung von Schulden für ein Wirtschaftswachstum nach wie vor heftig umstritten ist (10). Auch ein Schuldenschnitt hat die Funktion einer Umverteilung von Gläubigervermögen, allerdings nur dann, wenn er echt ist, also nicht - wie in Griechenland 2012 - nur Forderungen umgewidmet werden, um die Gläubiger letztlich zu Lasten der Allgemeinheit zu schonen und aus gestrichenen Schulden neue zu machen. Zentral ist bei Investitionsprogrammen als Ziel immer ein Mehr an - oder zumindest - ein stabiles Wirtschaftswachstum auf hohem Niveau, obwohl selbst in Nachholstaaten wie China, die Wachstumsraten derzeit tendenziell sinken. Wachstum setzt - abgesehen vom Aufbau nach größeren Zerstörungen (wie z.B. nach dem 2. Weltkrieg) - technischen Fortschritt voraus, der einerseits neue Gebrauchswerte schafft und andererseits die Produktivität steigert, was sich wiederum in einer veränderten Struktur der Arbeitsnachfrage niederschlägt (Stich- oder Reizwort "Dienstleistungsgesellschaft"). In der Wirtschaftstheorie gehört häufig zum Wirtschaftswachstum auch das Bevölkerungswachstum. Aber Konsum setzt wegen der Abhängigkeit von Erwerbsmöglichkeiten (Einkommen) unweigerlich Teilnahme an der Produktion voraus. Technischer Fortschritt in Verbindung mit Bevölkerungswachstum ist deshalb ein ziemlich widersprüchlicher Prozess. So nimmt die Erwerbslosigkeit zu, wenn die Bevölkerung schneller wächst als das Arbeitsangebot, bzw. dem Arbeitsangebot nicht genügend passende Nachfrage gegenübersteht (die geforderten Fähigkeiten haben sich geändert). Verschuldung wegen Investitionen sind als marktwirtschaftliches Prinzip zwar typisch für den Kapitalismus (privat als "Sparen", öffentlich als staatliches Investitionsprogramm). Schulden erhöhen jedoch immer die Macht der Gläubiger, besonders wenn keine Rückzahlung (mehr) möglich ist oder von den Gläubigern gar nicht erwünscht ist, weil sie hervorragend am Geldverleihen verdienen. Schulden zwingen zur Tilgung, - bezogen auf Konsumentenkredite - zur Arbeit unter kapitalistischen Arbeitsbedingungen, d.h. sie sichern das Prinzip der Lohnarbeit. Investitionsprogramme ergeben bestenfalls nur bei gleichzeitigem Schuldenschnitt einen - zumindest theoretisch stimmigen - Sinn. Allerdings muss nicht das, was theoretisch zusammenpasst, auch (noch) realistisch sein.

Faktisch herrscht gegenwärtig (weltweit) eine Investitionsschwäche in einem bedrohlichen Ausmaß. Gleichzeitig werden jedoch immer mehr Konzerne gekauft und verkauft, Arbeitsplätze abgebaut, aus Schulden Gewinne gemacht und an der Börse sogar tatsächlich viel "Geld gemacht" - und dies trotz oder gerade wegen der Finanzkrise 2008/2009. Streng ökonomisch betrachtet, entwertet sich der wachsende Bestand an Forderung damit jedoch eigentlich nur selbst, weil Geld ohne Wertbasis eben nichts wert ist. Nicht ganz zu Unrecht wird dies stellenweise so gedeutet, dass "eigentlich" das Kapital Anlagemöglichkeiten sucht, wozu eben gehört, Wertschaffung durch Arbeit zu realisieren. Zeitnaher ist es vielleicht zu betonen, dass der Kapitalismus Investitionen in Arbeit braucht, um überhaupt weiter bestehen zu können. Was eigentlich passieren sollte und was real passiert, klafft hier nämlich immer weiter auseinander. Dies ist kein Zufall, sondern typisch für einen Kapitalismus, der sich ungebremst entfalten kann. Das bedeutet jedoch auch, dass eine Rettung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionsprogramme immer mehr zu einer Utopie werden kann, obwohl - rein theoretisch - die Gleichung "Investitionen = Arbeit" in sich stimmig scheint, zumindest dann, wenn davon abgesehen wird, dass unter den Bedingungen kapitalistischer Marktwirtschaft, es bei Vollbeschäftigung immer unweigerlich zu inflationären Tendenzen (Preissteigerungen) kommen muss. Das Verhältnis von Investition und Arbeit war ein wichtiger ökonomischer Aspekt für den britischen Ökonomen John Maynard Keynes, der jedoch - nur deutlich anders wie der Neoliberalismus mit seiner ausschließlich Angebotsorientierung (Ursprung war das sog. "Saysche Theorem" nach Jean-Baptiste Say) - dem Kapitalismus das Überleben dadurch garantieren wollte, in dem er besonders auf die Stärkung der Nachfrage wertlegte. Anders als beim Neoliberalismus befindet sich für Keynes die Marktwirtschaft nicht "spontan" in einem Gleichgewicht, sondern muss dieses Gleichgewicht immer wieder aufs Neue durch eine entsprechende Konjunktur- und Geldpolitik hergestellt werden (Geld ist deshalb für Keynes nicht neutral).

Die Grenzen einer Theorie, die auf die Funktion des Marktes aufbaut, sind allerdings systemimmanent. Dies zeigt sich nicht nur darin, dass sich die Keynesianer immer schon zwischen mehr Inflation oder mehr Arbeitsplätze entscheiden mussten (vgl. Helmut Schmidts oft zitierter Ausspruch 1972, "Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit"). Vor allem haben Schulden und Geldschöpfung durch Kredit nicht mehr die, im Gegensatz zum Sparen, stimulierende Wirkung für mehr Wachstum von Wirtschaft und Einkommen, sobald sie nahezu parallel mit dem Vermögen wachsen. Bereits der Abbau staatlicher Verschuldung durch einen proportionalen Vermögensbeitrag, hat einzig zum Ergebnis, dass es nur eine Enteignung ist, ohne dass Vermögen in Investitionen gelenkt wird. Weil die Höhe von Schulden nur ein Ausdruck der Höhe von Gläubigerforderungen sind, werden so faktisch nur die gleichen Leute zur Schuldentilgung herangezogen, die als Gläubiger zuvor davon profitieren (Staatsanleihen). Das Problem ist, dass die Keynesianer keine direkte (staatliche) Enteignung kennen, sondern durch Markteingriffe - wie Investitionsprogramme - nur lenkend in den Markt eingreifen wollen. Unter den heutigen Verhältnissen mit ihrer sich immer weiter zuspitzenden (weltweiten) Kluft von Arm und Reich, wäre auch - entsprechend der Konjunkturtheorie von Keynes - eine manifeste Umverteilung von bisher unbekanntem Ausmaß (inkl. einer Geld- bzw. Forderungsvernichung) erforderlich, besonders wenn neben Schuldenabbau Investitionsprogramme finanziert werden sollen. Wegen des gebotenen Umfangs solcher Eingriffe würde ein unkalkulierbarer Prozess der Umverteilung ausgelöst, der in seinen Auswirkungen dem oben beim BGE durch Umverteilung beschriebenen Prozess durchaus vergleichbar sein könnte - nur eben nicht mit den positiven Resultaten für den Charakter zukünftiger Arbeit. Da eine Erschütterung des Kapitalismus in seinen Grundfesten jedoch nicht erwünscht ist, werden minimale Versuche propagiert durch Steuern Vermögen und Vermögensbildung wenigstens etwas anzuzapfen. Damit wird jedoch genau das nicht realisiert, was historisch immer notwendiger geworden ist: Ohne umfangreiche Umverteilung erhöht jedes durch weitere Schulden finanziertes Investitionsprogramm nur die Macht der Geldgeber. Und dass durch staatliche Investitionen generierte Anlagemöglichkeiten privates Kapital massenhaft anlocken würden, dieser Ansatz ist ja bereits gescheitert, weil parallel mit den Schulden auch die Konzentration von Vermögen in schwindelerregender Höhe zugenommen hat. Dies ist nicht unbedingt Ergebnis einer fehlerhaften Theorie, sondern eher Ausdruck davon, dass die Theorie nicht mehr zeitgemäß ist. Ein Hantieren auf Basis von Marktgesetzen kann der Entwicklung des Marktes dann nicht mehr entsprechen, wenn der Warencharakter der Arbeit historisch überholt ist.

Die Neoliberalen reagieren auf die wachsende Gefahr einer weltweiten Wirtschaftskrise nicht mit mehr Investitionen in die wertschaffende Realwirtschaft (Ausbeutung der Arbeitskraft), sondern mit einer Flucht des Gewonnenen in inflationsunabhängige Wertaufbewahrung, besonders in Edelmetalle. Nicht zufällig fordert Roland Baader als Vertreter der neoliberalen sog. "Austrian Economics" eine Rückkehr zur Goldbindung der Währung: "Es war, ist und bleibt das Geld der Freiheit", begeistert sich Baader für das Gold (11). Realisieren lässt sich die Flucht ins Gold (wie auch ins sog. "Betongold") nur deshalb, weil Vermögen nun extrem ungleich verteilt ist. Dies ist Ergebnis einer permanenten Umverteilung von unten nach oben. Der Markt hat somit genau das erreicht, was die Neoliberalen sich von ihm erhofften: Eine wohl kaum noch mit marktorientierten und marktconformen Mitteln zu brechende Macht des Privateigentums über gesellschaftliche Werte und Wertsetzungsprozesse. Soll nicht auch weiterhin die Mehrheit der Menschen aus existenziellen Gründen für eine gesellschaftliche Minderheit von Reichen arbeiten müssen, muss besonders der neoliberalen Zielen förderliche Arbeitsmarkt überwunden werden. Dies kann nicht durch einen "besser regulierten Markt", sondern nur durch massive Eingriffe in jenen Markt gelingen, dessen "spontane Freiheit" immer schon eine Herzensangelegenheit des Neoliberalismus war und dessen ideologische Überbauerscheinung der Neoliberalismus nur ist. Die Arbeit darf keine Ware mehr sein, was gerade die Forderung nach einem BGE als entscheidendes Merkmal beinhaltet. Denn Arbeit als wertschaffende Ware hat es erst möglich gemacht, dass nun die Reichen die Früchte ihrer Ausbeutung der Arbeitskraft ins Wundermittel "Gold" zur privaten und eigentumsrechtlich geschützten Wertaufbewahrung retten können. Wie eine neue Studie der Boston Consulting Group zum Privatvermögen belegt, wuchs das private Finanzvermögen (also ohne Immobilien) nicht nur von 130,7 Billionen US-Dollar 2012 auf 164,3 Billionen US-Dollar 2014, sondern ist auch das private Anlagevermögen mittlerweile doppelt so hoch wie das, was weltweit jährlich erwirtschaftet wird (12). Wird hier nicht eingegriffen, wird sich dieser Trend immer weiter fortsetzen, bis die Zunahme von "wertlosen Wert" an ihre systembedingten Grenzen stößt, wobei der Reichtum und seine Konzentration massenhafte Verarmung immer weiter fördern wird. Und gerade weil auch der Warencharakter der Arbeit so massenhaft verbreitet ist, lässt sich durch einen radikalen Eingriff in diesen Warencharakter, Theorie und Praxis recht organisch verbinden. Ebenso verbinden sich so persönliche Wünsche (Arbeit nicht mehr als Fremdbestimmung) mit gesellschaftlicher Erfordernis (keinen Müßiggang einen Minderheit mehr auf Kosten der massenhaften Arbeit anderer).



In welchem Stadium des Kapitalismus wir uns mittlerweile befinden, zeigt für mich besonders anschaulich die Flüchtlingsproblematik, die bezogen auf den freien Markt im Kapitalismus nichts anderes zum Ausdruck bringt, als eine nicht mehr kontrollierbare, jedoch aus dem kapitalistischen Markt zwangsläufig resultierende, Armutsbewegung, welche nur dem Anschein nach von außen kommt. Die Antwort des Neoliberalismus erfolgt hier nicht zufällig durch eine immer eindeutigeren Abkehr von menschenrechtlichen und demokratischen Grundprinzipien (vgl. auch die Erpressungsversuche der Tsipras-Regierung in Griechenland durch die neoliberalen Institutionen). Bereits 1981 erklärte sehr offenherzig Hayek in einem Interview: *"Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich (...). Für eine Welt, die auf egalitäre Ideen gegründet ist, ist das Problem der Überbevölkerung (...) unlösbar. Wenn wir garantieren, dass jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren ist, werden wir sehr bald nicht mehr in der Lage sein, dieses Versprechen zu erfüllen. Gegen diese Überbevölkerung gibt es nur die eine Bremse, nämlich daß sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können"* (13). Der wachsenden Privatbesitz an Gold auf der einen Seite, verbindet sich somit mit einer Unvereinbarkeit von Humanismus und sozialer Demokratie auf der anderen Seite, als Resultat freier kapitalistischer marktwirtschaftlich Entwicklung. Würde heute tatsächlich Geld zu hundert Prozent durch Gold gedeckt, wäre die Mehrheit der Menschen - im wahrsten Sinne - ohne Geld - wie die Flüchtlinge, die das lebensgefährliche Risiko einer Flucht Hunger und Tod vorziehen.

**Fazit:** Mit Blick auf alle Theorien, die auf einen funktionierenden Markt aufbauen, ist festzustellen, dass sie in ihrer Funktionalität begrenzt sind. Keynesianismus und Neoliberalismus unterscheiden sich zwar in ihrem Umgang mit dem Markt erheblich, beide wollen jedoch nicht - anders wie ein BGE bei der Marktförmigkeit der Arbeit - in den Markt eingreifen. Eine Überwindung des Kapitalismus kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn der Mensch in den Markt eingreift, statt sich nur dessen Bedingungen - mehr oder weniger gut - anzupassen. Was den besonders kritischen Bereich der existenziellen Abhängigkeit der Mehrheit der Menschen vom Arbeitsmarkt betrifft, wird diese Form der Marktanpassung leider nicht einmal ansatzweise in Frage gestellt. Der Markt ist jedoch keine Erfindung des Kapitalismus, sondern letzterer ein zwangsläufiges Produkt einer sich historisch entwickelnden Marktwirtschaft. Der Kapitalismus kann deshalb mit seinem Prinzip "Arbeit als Ware" hinter sich ändernden historischen Erfordernissen bedrohlich zurückbleiben. Deshalb wird die Forderung nach einem BGE nicht zu einem unvereinbaren Gegensatz zu Investitions- und anderen Programmen zur marktwirtschaftlichen Belebung, sobald der Horizont von Utopie und persönlichen Wünschen für eine Auseinandersetzung über die aktuelle ökonomische Basis überschritten wird. Den Weg marktkonformer Lösungen kann - und muss - mensch probieren. Es sollten jedoch die mit solchen Versuchen gemachten Erfahrungen daraufhin untersucht werden, ob das gewünschte Ergebnis wirklich eingetreten ist, und ob sich die - einmal durchaus naheliegenden - Modelle, nicht vielmehr mit der Zeit in ihr Gegenteil verkehrt haben. Heute spricht, gerade aufgrund der Erfahrungen, nichts mehr gegen ein BGE. Es greift zwar, mit seiner Herausnahme der Arbeit aus dem Prinzip von Angebot und Nachfrage, manifest in den Markt ein. Dieser Eingriff ergibt sich jedoch aus der Entwicklung der Marktwirtschaft selbst. Denn in dem Moment, wo Knappheit ausschließlich Resultat einseitiger Wertverteilung ist, lässt sich diese als Ausdruck genau dessen deuten, worauf der Neoliberalismus einzig und allein seine Macht gründet - auf die Freiheit des Marktes. Es gibt - anders gesagt - nun keine Wahl mehr, zwischen einem funktionierenden und wenigstens punktuell humanen und sozialen Belangen entsprechenden Kapitalismus, und manifesten Eingriffe in den Kapitalisten aus humanen und sozialen Gründen. Letztlich verkörpert ein BGE die Möglichkeit einer Überwindung des Kapitalismus, die zwar von der Bedeutung her *"revolutionär"* ist, wie Hermann treffend feststellt (2). Gegenüber gewaltsamen Umstürzen erscheint eine solche Art der Überwindung jedoch zugleich als sehr human, sozial und auch vernünftig. Butterwegge schränkt sich bezüglich seiner eigenen sozialen Zielsetzung mit seiner Kritik am BGE (1) unvernünftiger Weise selbst nur ein. Er kann zwar die asoziale Entwicklung im Kapitalismus immer wieder (öffentlich) anprangern, aber ohne realistisches Konzept nicht viel zu dessen Überwindung beitragen.

## Quellen

1. Christoph Butterwegge (verantwortlich Jens Berger) "Argumente gegen das "emanzipatorische Grundeinkommen" der LINKEN-BAG", NachDenkSeiten 03.06.2015, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=26307>
2. Norbert Hermann "Neurotiker streiten ums Grundeinkommen", Labournet.de, 07.06.2015 [http://www.labournet.de/politik/fetisch/existenzgeld/linke\\_kritik/neurotiker-streiten-ums-grundeinkommen/](http://www.labournet.de/politik/fetisch/existenzgeld/linke_kritik/neurotiker-streiten-ums-grundeinkommen/)
3. Mag Wompele "Das Linksradikale an der Staatsknete", graswurzelrevolution 390 Sommer 2014, <http://www.graswurzel.net/390/bge.php>

4. Gerd Habermann "Der Wohlfahrtsstaat - Ende einer Illusion", FinanzBuch Verlag, München 2013
5. Gerd Habermann, a.a.O., S.194
6. vgl. Ludwig von Mises „Vom Wert der besseren Ideen: Sechs Vorlesungen über Wirtschaft und Politik“, München 2008
7. <http://www.spiegel.de/schulspiegel/leben/ohne-schule-ausbildung-wohnung-entkoppelte-jugendliche-a-1038121.html>
8. so Ralf Ptak in "Kritik des Neoliberalismus" VS Verlag, Wiesbaden 2008, S.58
9. Marx und Engels "Manifest der kommunistischen Partei", MEW Bd.4, S.467
10. vgl. hierzu bes. Alexander Hagelüken, "Zahlungsfähigkeit - Gegen das deutsche Dogma", Süddeutsche Zeitung v. 12.06.2015, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/zahlungsfahigkeit-gegen-das-deutsche-dogma-1.2516170>
11. Roland Baader "Geldsozialismus - Die wirklichen Ursachen der neuen globalen Depression", Resch-Verlag, Gräfelfing 2010, S.161
12. vgl. Boston Consulting Group "Global Wealth 2015: Winning the Growth Game"; <https://www.bcgperspectives.com/content/articles/financial-institutions-growth-global-wealth-2015-winning-the-growth-game/>  
deutsche Zusammenfassung der Kernpunkte der Studie:  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/vermoegen-zahl-der-millionaershaushalte-waechst-weltweit-um-13-prozent-a-1038873.html>
13. Interview mit Friedrich August von Hayek, Wirtschaftswoche v. 06.03.1981, zit. nach Ralf Ptak a.a.O., S.73